

---

## S 8 R 174/17

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Wiesbaden
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Syndikusrechtsanwalt Befreiung Rentenversicherungspflicht einkommensbezogene Pflichtbeiträge
Leitsätze	Zum Merkmal der "einkommensbezogenen Pflichtbeiträge" im Sinne des <a href="#">§ 231 Abs. 4b S. 4 SGB VI</a> .
Normenkette	SGB VI <a href="#">§ 231 Abs. 4b Satz 4</a>

#### 1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 R 174/17
Datum	20.09.2019

#### 2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

#### 3. Instanz

Datum	-
-------	---

1. Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 16.01.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.05.2017 verurteilt, den KlÄger fÄr die Zeit vom 01.10.2004 bis 31.03.2014 fÄr seine TÄtigkeit bei der Beigeladenen zu 1. von der Rentenversicherungspflicht zu befreien.

2. Die Beklagte hat dem KlÄger seine auÄergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten noch darÄber, ob der KlÄger gemÄÄ [Ä 231 Abs. 4b S. 4](#) Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) auch fÄr die Zeit vom 01.10.2004 bis zum 01.04.2014 als Syndikusrechtsanwalt fÄr seine TÄtigkeit bei der Beigeladenen zu 1. von der Rentenversicherungspflicht zu befreien ist.

---

Der Kläger war zunächst als Rechtsanwalt zugelassen. Mit Bescheid vom 29.09.2003 wurde er von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) für seine Tätigkeit als Rechtsanwalt von der Rentenversicherungspflicht befreit (Bl. 26a Betriebsprufungsakte, im Folgenden "BfA-Bescheid"). Zum 01.10.2014 wurde er bei der Beigeladenen zu 1. als deren Geschäftsführer tätig. In der Annahme, dass er weiterhin von der Versicherungspflicht befreit war, zahlte der Kläger weiter Beiträge an die Beigeladene zu 2. 2011 führte die Beklagte bei der Beigeladenen zu 1. eine Betriebsprüfung nach [ 28p](#) Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) betreffend den Zeitraum 2008 â 2011 durch. Mit Bescheid vom 26.10.2012 (Bl. 30 Betriebsprufungsakte) stellte die Beklagte in diesem Zusammenhang u.a. fest, dass der Kläger der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegt. Der Kläger veranlasste sodann als Geschäftsführer der Beigeladenen zu 1., dass ab dem 01.01.2008 Beiträge zur Rentenversicherung für seine Tätigkeit an die Beklagte abgeführt wurden. Er selbst zahlte an die Beigeladene zu 2. den einkommensbezogenen Pflichtbeitrag, der nach deren Satzung mindestens 1/10 des Regelpflichtbeitrages betrug (vgl. Bestätigung d. Beigeladenen zu 2, Bl. 125 d. A.). Der auf die Betriebsprüfung bei der Beigeladenen zu 1. ergangene Bescheid ist Gegenstand einer bei der Kammer unter dem Aktenzeichen S 8 R 12/15 geführten Klage.

Im Laufe des dortigen Verfahrens beantragte der Kläger bei der Beklagten, ihn erneut von der Rentenversicherungspflicht zu befreien. Diese lehnte sein Begehren mit Bescheid vom 06.05.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.03.2015 ab. Sie begründete dies mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG v. 03.04.2014,